

Frankreich: Aufbruch nach der Wahl

AUTOR

Dr. Stefan Mütze
Telefon: 0 69/91 32-38 50
research@helaba.de

REDAKTION

Dr. Stefan Mitropoulos

HERAUSGEBER

Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirt/
Leitung Research

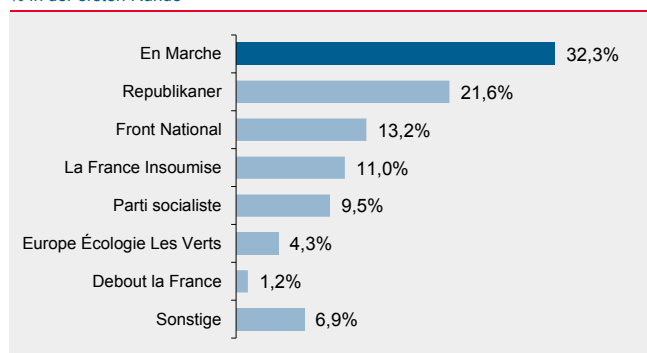
Helaba
Landesbank
Hessen-Thüringen
MAIN TOWER
Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/91 32-20 24
Telefax: 0 69/91 32-22 44

Emmanuel Macrons Bewegung La République en Marche ist als Sieger aus der ersten Runde der Parlamentswahlen hervorgegangen. Im zweiten Wahlgang dürfte für diese neue Partei eine absolute Mehrheit möglich sein. Frankreich steuert damit auf eine Reformpolitik zu. Das schwache Wachstum der vergangenen Jahre und die damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit erlauben keine Alternative hierzu.

Nachdem die neue Bewegung von Präsident Emmanuel Macron „La République en marche“ im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen mit 32,3 % der Stimmen einen deutlichen Vorsprung vor den Konkurrenten errungen hat, dürfte im zweiten Wahlgang am 18. Juni sogar eine absolute Mehrheit wahrscheinlich sein. Damit hätte die neue Regierung ein Mandat für die Umsetzung ihrer Reformpolitik. Diese ist aufgrund der geringen Wachstumsdynamik in Frankreich dringend erforderlich. Es wird allerdings politisches Geschick benötigen, auch die nicht zur Wahl gegangenen Franzosen von den geplanten Veränderungen zu überzeugen. Zumindest der aktuelle Aufschwung dürfte dies etwas erleichtern.

Wahlergebnisse der Parlamentswahl

% in der ersten Runde



Quellen: Spiegel, Helaba Volkswirtschaft/Research

Prognosetabelle Frankreich

		2015	2016	2017p	2018p
BIP, real	% gg. Vj.	1,0	1,1	1,4	1,3
Budgetsaldo	% des BIP	-3,6	-3,4	-3,2	-2,9
Leistungsbilanzsaldo	% des BIP	-0,4	-0,9	-1,1	-1,0
Arbeitslosenquote	%	10,4	10,0	9,4	9,0
Inflationsrate	% gg. Vj.	0,1	0,3	1,6	1,4

Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

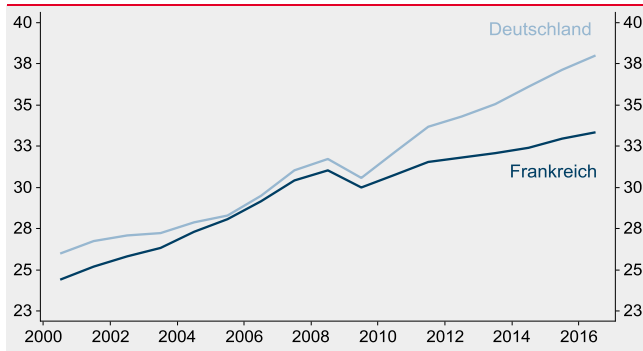
Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

Französischer Aufschwung im Vergleich zu Deutschland zögerlich

Das französische Wachstum ist in den vergangenen fünf Jahren im Vergleich zu Deutschland deutlich schwächer ausgefallen. Das französische Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg seit 2011 um nur 0,8 % p.a., während Deutschland 1,2 % erreichte. Auch bei der Betrachtung je Einwohner zeigt sich die divergierende Entwicklung. Noch vor zehn Jahren waren die Einkommensunterschiede nicht nennenswert. 2016 hingegen lag das Bruttoinlandsprodukt je Kopf in Deutschland mit knapp 38 000 € fast 5 000 € über dem französischen Niveau. Die wirtschaftliche Dynamik hat nicht ausgereicht, die Arbeitslosigkeit nennenswert zu senken – ein Grund für die verbreitete Unzufriedenheit der Franzosen mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Arbeitslosenquote lag 2016 bei 10 %. Erfreulicherweise hat sich in den vergangenen Monaten eine allmähliche Besserung eingestellt. Die Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahre) betrug zuletzt knapp 22 % (vgl. Grafik S. 2).

Frankreich fällt zurück

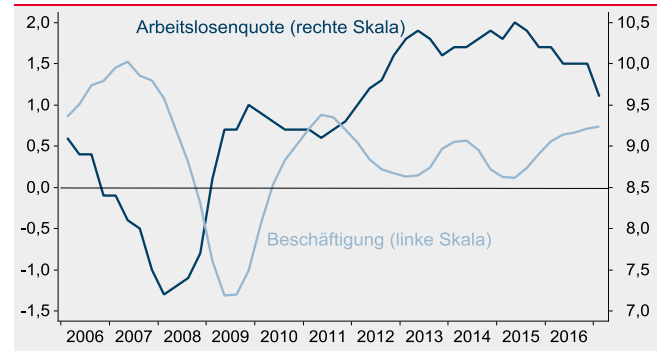
Jährliches BIP je Einwohner, nominal, in Mrd. €



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Allmählich kommt Bewegung in den Arbeitsmarkt

% gg. Vj. %



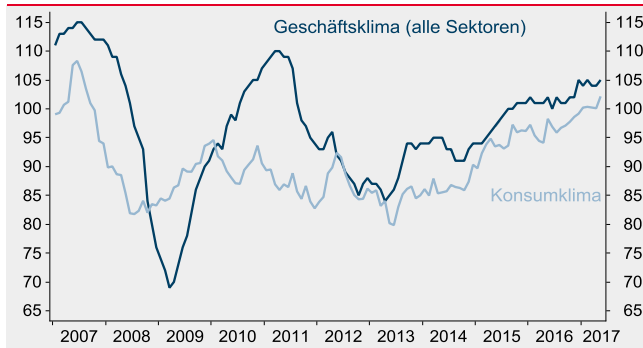
Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Trendwende der Bautätigkeit

Zuletzt hat die französische Wirtschaft allerdings etwas an Schwung gewonnen. So legte das BIP im vierten Quartal 2016 immerhin um 0,5 % und im ersten Quartal 2017 um 0,4 % gegenüber den drei Monaten zuvor zu. Auch steht das Wachstum seit vergangenem Jahr auf mehreren Beinen. Zum Wirtschaftswachstum von 1,1 % haben 2016 nicht nur die privaten (2,1 %) und öffentlichen (1,2 %) Konsumausgaben beigetragen. Erstmals seit vier Jahren stiegen die Bauinvestitionen (1,6 %). Die Dynamik ging sowohl vom Nichtwohnungsbau als auch vom Wohnungsbau aus. Der starke Anstieg der Wohnungsbaugenehmigungen signalisiert zudem eine schnellere Schrittfolge in diesem Jahr. Die Wohnimmobilienpreise legen seit 2015 moderat zu. Die Ausrüstungsinvestitionen haben im Vorjahresvergleich an Fahrt gewonnen (8 %). Nach dem starken Anstieg ab Mitte 2015 war der Verlauf zuletzt allerdings seitwärts gerichtet. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels fiel 2016 trotz des schwachen Euro erneut negativ aus.

Stimmung verbessert sich

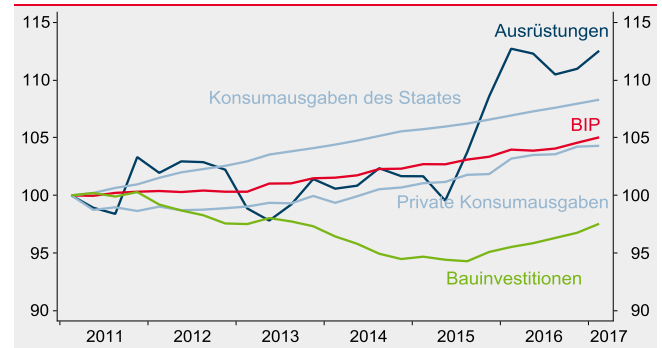
Indizes



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Frankreich im zögerlichen Aufschwung

Komponenten des BIP, Index: Q1 2011 = 100, real



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Änderung der Wirtschaftspolitik ab 2014

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der bisherigen Regierung dürften zu der zeitweise lebhafteren Investitionstätigkeit beigetragen haben. Nachdem noch 2012 und 2013 Steuererhöhungen sowohl für die Unternehmen als auch für die Haushalte durchgesetzt worden waren, hatte sich die Politik danach geändert. So sind die Rahmenbedingungen für die Unternehmen durch die Senkung von Sozialbeiträgen und Steuern sowie temporäre Abschreibungsmöglichkeiten verbessert worden. Dies hat dazu beigetragen, die Margen der Unternehmen zu erhöhen. Hinzu kamen Ausgabenkürzungen im öffentlichen und sozialen Bereich in der Größenordnung von 50 Mrd. € innerhalb von drei Jahren. Trotzdem sind die öffentlichen Konsumausgaben weiter stetig mit rund 1 ½ % jährlich angestiegen.

Unternehmensgewinne wieder höher

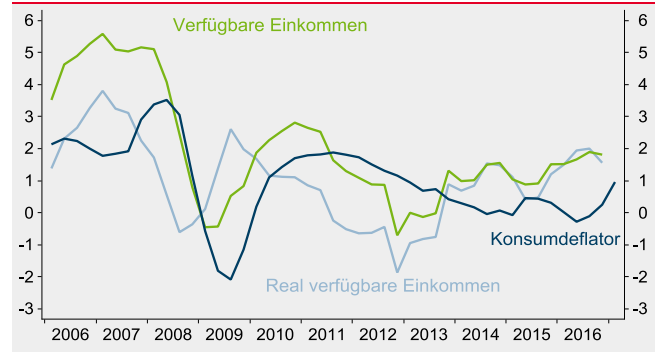
Brutto-Gewinne der nicht-finanziellen Unternehmen in % der Bruttowertschöpfung



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

2017: Höhere Preise belasten Realeinkommen

% gg. Vj.

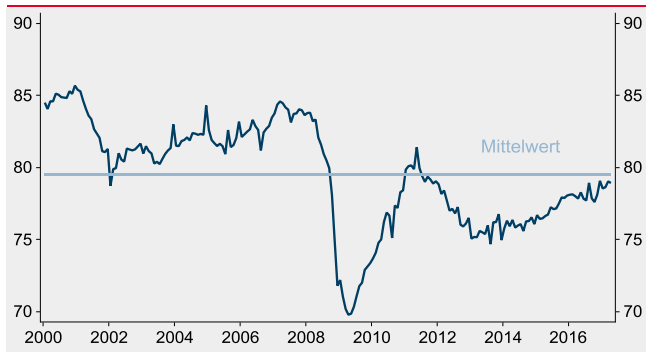


Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Diese positiven Effekte eines breiteren Wachstums werden sich 2017 zwar fortsetzen. Gleichwohl entfällt der stimulierende Effekt durch einen niedrigen Ölpreis. Die Inflationsrate lag 2016 bei nur 0,3 %. In diesem Jahr dürfte sie im Jahresdurchschnitt 1,6 % erreichen. Bei ähnlichen Lohnsteigerungen wie im vergangenen Jahr belastet dies die Realeinkommen. Dieser Effekt wird kompensiert durch eine leicht steigende Beschäftigung. Die Sparquote dürfte sich kaum verändern. Zudem sind die Verbraucher trotz der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit optimistisch gestimmt. Das Konsumklima ist immerhin auf dem höchsten Niveau seit 2007. Die privaten Konsumausgaben werden voraussichtlich um nur noch 1,3 % (2016: 2,1 %) ansteigen. Die politisch klareren Rahmenbedingungen dürften die Investitionsneigung der französischen Unternehmen erhöhen. Immerhin ist die Kapazitätsauslastung der Industrie seit 2014 deutlich gestiegen. Gleichwohl liegt sie immer noch leicht unter dem langjährigen Durchschnitt. Auch in den Dienstleistungsbereichen hat sich das Geschäftsklima weiter verbessert.

Nahe am Durchschnitt

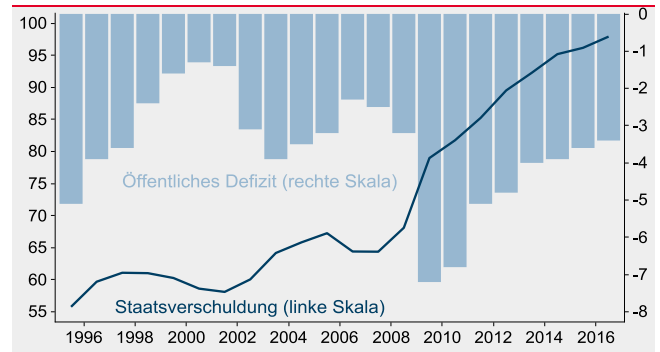
Industrielle Kapazitätsauslastung in %



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Staatsverschuldung nähert sich 100 %

% des BIP



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Konsequente Reformpolitik nach der Wahl fortsetzen

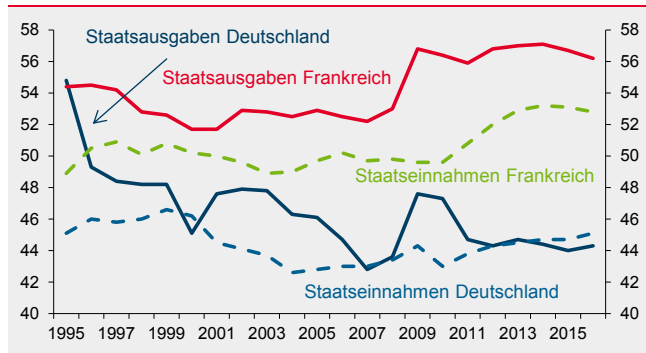
Kein Raum für ein groß angelegtes Konjunkturprogramm

2017 wird das Wirtschaftswachstum aufgrund des schwächer expandierenden Konsums mit voraussichtlich 1,4 % nur wenig höher ausfallen als im Vorjahr (1,1 %). Hieran dürfte sich auch 2018 mit 1,3 % nur wenig ändern. Frankreich hat es seit 2007 nicht mehr geschafft, das Maastricht-Kriterium einer Neuverschuldung von 3 % des BIP zu unterschreiten. Hierdurch ist die Staatsverschuldung kontinuierlich gestiegen und dürfte 2019 die 100-Prozentmarke reißen. Dass Präsident Macron angekündigt hat, das Maastricht-Kriterium eines öffentlichen Defizits von maximal 3 % in diesem Jahr einzuhalten, ist deswegen positiv zu werten. 60 Mrd. € sollen im öffentlichen Bereich eingespart werden. Geplant sind Kürzungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und bei Gebietskörperschaften sowie der Abbau von 120 000 Beamtenstellen. Im Wahlkampf war ein Investitionsplan über 50 Mrd. € für die nächsten fünf Jahre angekündigt worden. Mit diesem Betrag soll die berufliche Qualifizierung der Franzosen verbessert sowie die Energiewende, die Digitalisie-

rung und die der öffentliche Dienst modernisiert werden. Zudem wird angestrebt, die Körperschaftsteuer von 33,3 % auf 25 % zu senken. Es ist fraglich, ob diese Maßnahmen ausreichen, die zu hohen Staatsausgaben zu reduzieren, um Raum für Steuersenkungen zu schaffen. Die Gesamtausgaben des französischen Staates liegen bei 57 % des BIP und damit 13 Prozentpunkte über dem deutschen Wert. Entsprechend höher ist auch die Einnahmenquote.

Zu hohe Staatsausgaben in Frankreich

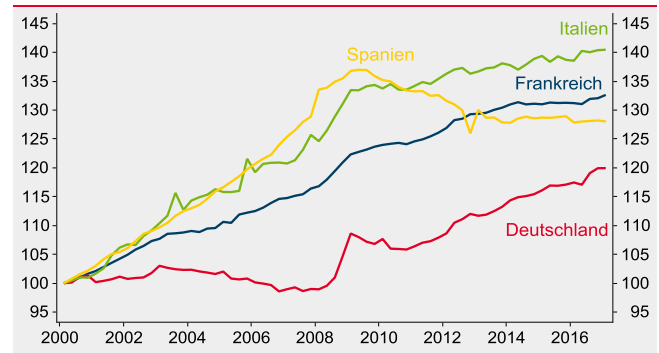
% des BIP



Quellen: Eurostat, Helaba Volkswirtschaft/Research

Französische Lohnstückkosten steigen langsamer

Index: Q1 2000 = 100



Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

Obwohl Frankreichs Wirtschaft vom niedrigen Ölpreis, dem schwachen Euro und Steuererleichterungen für Investitionen profitierte, ist das Wirtschaftswachstum weiterhin zögerlich. Die Ursache hierfür dürften anhaltende Kostenprobleme sein: Die Lohnstückkosten sind bis zuletzt angestiegen, während beispielsweise Spanien zeitweise Rückgänge aufwies. Neben einer weiterhin moderaten Lohnpolitik sollten deswegen „mikroökonomische“ Reformen durchgesetzt werden, die teilweise dazu beitragen können, die Produktivität zu erhöhen. Neben den erwähnten verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich kann die von Macron angekündigte rasche Arbeitsrechtsreform hier helfen. Dabei geht es um mehr Möglichkeiten für unternehmensinterne Lösungen in Bezug auf Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Löhne sowie eine Deckelung von Abfindungen bei Entlassungen. Sollten diese Maßnahmen umgesetzt werden, steigt die Flexibilität und Effizienz in den Unternehmen. Sie werden hierdurch international wettbewerbsfähiger.

Mindestlohn zu hoch –
Liberalisierung fortsetzen

„Alte“ Probleme sind der zu hohe Mindestlohn, der bei Jugendlichen und weniger gut Ausgebildeten die Einstellungschancen verringert, sowie die 35-Stundenwoche. Die neue Regierung scheint hier keine nennenswerten Änderungen zu planen. Die stärkere Implementierung des dualen Ausbildungssystems wie in Deutschland könnte dazu beitragen, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Zudem wäre eine stärkere Dezentralisierung der Lohnverhandlungen mit dem Ziel einer besseren Synchronisierung zwischen Lohnbildung und Unternehmensprofitabilität sinnvoll. Auch zusätzliche Liberalisierungsschritte bei geschützten Berufen können zu höherer Effizienz führen. Durch das Macron-Gesetz von 2015 wurden hier erste Schritte, beispielsweise im Fernbusbereich, bereits umgesetzt. Hinzukommen sollten weitere Reformen in der Rentenpolitik mit dem Ziel, die dort anfallenden Kosten zu reduzieren. So liegt die Beschäftigungsquote der 60 bis 64-Jährigen in Frankreich deutlich unter den Werten anderer Industrieländer. Dem könnte durch eine allmählich ansteigende Lebensarbeitszeit entgegen gewirkt werden. ■